

50 Jahre AK



2021

ARBEITSKREIS AUSLÄNDISCHE MITBÜRGER ÖHRINGEN E.V.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Ein Blick auf die Geschichte der Migration in Deutschland und 50 Jahre Geschichte des AK Öhringen	5
Der Arbeitskreis ausländische Mitbürger Öhringen e. V. heute	41
Fundsachen	44
Wege zum AK	46
50 Jahre AK – eine Statistik	47
Gedanken und Gefühle zum AK	48
Mein Anfang im AK	49
Beitrittserklärung	50

Impressum

Herausgeber:

Arbeitskreis ausländische Mitbürger Öhringen e.V.
Untere Torstraße 23, 74613 Öhringen
www.akoehringen.de, Tel: 0 79 41-3 97 29

V.i.S.d.P.: Sigrid Kraft, Öhringen



An dieser Informationsschrift haben mitgearbeitet:

Nur Ammuneh, Rasha Ammuneh, Julian Blaha, Mike Blaha, Sandra Blaha, Shannon Blaha, Sabine Czaja, Susanne Doldinger-Geist, Zoë Geist, Waltraud Kadriu, Sigrid Kraft, Werner Kraft, Annemarie Pfitzer, Brigitte Radloff, Sylvia Schick, Johannes Schömmel, Regina Torno, Susanne Uetz, Sevcan Yilmaz
... und viele AK-Kinder

Die Meinungsbeiträge einzelner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind nicht unbedingt repräsentativ für alle.

November 2021

Spendenkonto: Nr. 10 4181 001, Volksbank Hohenlohe, BLZ 620 918 00 IBAN DE75 620 918 000 104 181 001 BIC GENO DE S1 VHL



„Der AK ist wohl zu einer Familie geworden und die Geschichte einer Familie geht ja auch immer weiter.“

(Sylvia Schick)

„Zivilgesellschaftlicher Einsatz in den verschiedensten Bereichen ist besonders heutzutage – in einer Zeit auseinanderdriftender gesellschaftlicher Gruppen – von größter Bedeutung.“

(Andreas Frasch)

„Alle Worte oder Spenden können nicht würdigen, was ihr leistet.“

(Klaus Wehr)

„Sie träumen nicht von einer guten Zukunft, Sie bereiten sie für viele. Haben Sie herzlichen Dank für Ihre kostbare Arbeit.“

(Winni und Ludwig Wamsler)

... aus den Glückwunschkarten zum 50. Geburtstag

Vorwort

Seit 50 Jahren setzen sich MitarbeiterInnen ehrenamtlich für die Völkerverständigung ein. Von Anfang an ging es darum, nicht nur darüber zu reden, sondern aktiv zu sein, Integration zu leben.

Seit 1971 lernen MitarbeiterInnen mit Kindern und Jugendlichen der verschiedensten Nationalitäten, jeweils mittwochs, donnerstags und freitags, von 16 – 18 Uhr. Vor allem der Deutschunterricht steht im Mittelpunkt. Damit hat alles angefangen und daran hat sich in all den Jahren viel verändert.



Die Aktivitäten haben sich schnell erweitert: Beratung, Kontakte z. B. mit Schulen, Zusammenarbeit mit den Eltern, Mitarbeit in Verbänden, z. B. im Kreisjugendring Hohenlohe, offene Angebote, z. B. Wanderungen und Turniere, Kindergartengruppe, Mädchengruppe, Mitarbeiterlehrgänge, ...

Entgegen aller Erwartungen werden die Aufgaben nicht weniger, sie verändern sich. Die Förderung der Integration, insbesondere die außerschulische Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, ist nach wie vor wichtig und notwendig.

Die Arbeit des AK ist nicht nur eine Erfolgsgeschichte. In all den Jahren gab es auch Enttäuschungen, Schwierigkeiten und Scheitern. Freunde wurden abgeschoben, immer noch erleben Kinder, Jugendliche und Familien Ausgrenzung und Rassismus. Leider sind auch MitarbeiterInnen, Fördermitglieder und ehemalige Kinder verstorben.



Dieses Jubiläum ist sicherlich ein Anlass, gemeinsam zu feiern, aber auch um einen Blick auf die Geschichte des AK zu werfen. Parallel dazu soll auf die Geschichte der Migration in Deutschland geschaut werden. Die MitarbeiterInnen des AK erleben die Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bei der Begleitung der Familien mit Migrationshintergrund.

Übrigens: Die Maus wurde 2021 auch 50 Jahre alt.

Angetreten sind wir 1971 mit dem Vorsatz ‚einzuspringen‘, bis andere an unsere Stelle treten. Wir hatten das Ziel, uns überflüssig zu machen. Der Verein hat keinen Selbstzweck – es ging und geht um die ausländischen MitbürgerInnen unter uns.

Wie wird es weitergehen? Wie gehen wir mit der ‚Ausländerfeindlichkeit‘ um? Wie sieht die Zukunft unserer ausländischen MitbürgerInnen aus?! Wir wünschen uns gemeinsame, menschliche und friedliche Antworten auf diese Fragen.

Ein Blick auf die Geschichte der Migration in Deutschland

und 50 Jahre Geschichte des AK

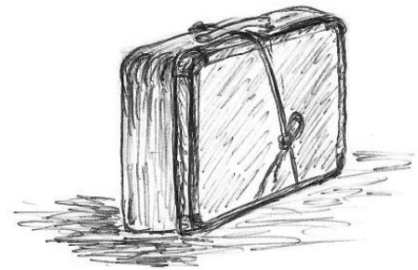
1955 bis 1973

Ausländerbeschäftigung als vorübergehende Erscheinung

Die erste Generation – die Gastarbeiter

Mit der Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 setzte in Deutschland das sogenannte „Wirtschaftswunder“ ein. Eine Folge der Produktivität war in den 50er Jahren ein Arbeitskräftemangel, vor allem an den Fließbändern der Großindustrie, im Bergbau und im Baugewerbe.

Damals erschien es recht und billig, vorübergehend Arbeitskräfte aus dem „armen“ Südeuropa ins Land zu holen. Anwerber wurden in die entsprechenden Länder und Regionen geschickt, um den Menschen einen Arbeitsplatz und einen vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland schmackhaft zu machen.



Es wurde vereinbart, dass die Arbeitskräfte auf zwei Jahre beschränkt in Deutschland leben und arbeiten sollten. Danach sollten sie nach dem Rotationsprinzip in ihre Heimatländer zurückkehren und die erlangten Fähigkeiten in ihre einheimische Wirtschaft einbringen. Darauf konnten neue Arbeitskräfte nach Deutschland einreisen, um ihre Vorgänger zu ersetzen. (aus der Infoschrift 2017)

Die erste Generation – die Gastarbeiter

Schon in den 60er Jahren erkannte die deutsche Industrie die Schwächen des Rotationsprinzips. Mittlerweile erfahrene und angelernte Arbeitskräfte sollten nach zwei Jahren gegen neue, ungeschulte Neuankömmlinge ausgetauscht werden. Die Industrie wandte sich aus diesem Grund an die Bundesregierung und erwirkte, dass die Aufenthaltsgenehmigungen der Arbeiter nicht weiterhin nur auf zwei Jahre befristet blieben.

Damit war der Grundstein für einen längeren Verbleib in der Bundesrepublik gelegt, doch die Bezeichnung „Gastarbeiter“, die auch immer den Eindruck von vorübergehend impliziert, sollte diese Menschen noch eine Weile begleiten.

Natürlich fielen den Deutschen in den 60er Jahren die dunkelhaarigen etwas ungewohnt gekleideten Menschen auf den Straßen auf, doch beschäftigte man sich kaum mit ihnen, denn man glaubte ja, dass die „Gastarbeiter“ nach zwei Jahren mit gut verdientem Geld das Land wieder verlassen würden. So fand auch der Großteil der Deutschen nichts da-

bei, und manche begrüßten es auch, dass die Fremden meist separat von der einheimischen Bevölkerung untergebracht wurden und unter sich blieben.

Unterschwellig fürchtete man das Fremde und manche Zeitgenossen trauten den „Gastarbeitern“ alles zu. Die Anwesenheit der „Gastarbeiter“ wurde mehr oder weniger als notwendiges Übel betrachtet, denn man wusste auch, dass Deutschland diese Arbeitskräfte dringend brauchte.



Erst 1966 dachte die Bundesregierung daran, auch für „Gastarbeiterkinder“ die Schulpflicht einzuführen. Doch darauf war niemand vorbereitet, weder die Schulen noch die Kinder noch deren Eltern.

Zu dieser Zeit bildete nach wie vor für alle Beteiligten die Annahme der grundsätzlichen Rückkehr der Gastarbeiter in ihre Heimatländer die Basis des Denkens und Handelns. So überlegte man, auf welche Ziele man die schulische Ausbildung der „Gastarbeiterkinder“ ausrichten sollte.

Wie wichtig ist die deutsche Sprache nach der Rückkehr ins Heimatland? Genügen rudimentäre Kenntnisse im Rechnen und Schreiben, um dann in der Heimat darauf aufbauen zu können? Ist es nicht besser, sprachhomogene Klassen zu bilden, in denen z.B. türkische Lehrer türkische Kinder in türkischer Sprache unterrichten, damit diese nach der Rückkehr in die Heimat einen nahtlosen Anschluss finden können?

An Integration dachte niemand.

1970 veröffentlichte die Bundesregierung ihr erstes Konzept zur Ausländerpolitik. Die Ausländerpolitik ist ein Steuerungselement der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Bis 1972 galt in allen politischen Lagern: „Weder ein temporärer Ausländerstopp noch eine Kontingentierung des künftigen Zuwachses an Ausländerbeschäftigten könnten als befriedigend angesehen werden, da dadurch das notwendige Wirtschaftswachstum beeinträchtigt werden könnte.“ (Landesregierung Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Filbinger)

Bereits 1972 kam eine Stuttgarter Forschergruppe in einer Untersuchung im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg zu folgendem Ergebnis:

„Obwohl die BRD kein Einwanderungsland sein soll, ist sie faktisch – und auch in Baden-Württemberg – zum Einwanderungsland geworden.“ (Infoschrift 2017, S. 28)

Wie alles begann - 1971 bis 1973

Im Mai 1971 fand in Döttingen ein ökumenisches Seminar statt, u. a. wurde über Probleme der Gastarbeiter diskutiert. Die Öhringer Teilnehmer Ewald Steinert, Kurt Württemberger und Werner Kraft beschlossen, initiativ zu werden.

Am 27. Juli 1971 fand der erste Nachhilfenachmittag mit den beiden türkischen Kindern Ayfer und Mustafa statt. Bereits am zweiten Tag brachten sie ihre Freunde mit. Vier junge Leute begannen, kostenlos Nachhilfeunterricht zu erteilen. Anfangs unterrichteten die MitarbeiterInnen im ev. Gemeindehaus in Öhringen.



Die ersten Lernkinder

Im September fand der Umzug ins Haus der Jugend statt – mit einer Tafel, einem Stapel Bücher und Schreibzeug. Der Kreisjugendring übernahm die finanzielle Trägerschaft.



Bereits im Dezember 1971 wurde die Anerkennung durch den HGV deutlich: Ein AK-Kind war Glücksfee bei der Glücksscheinaktion und bekam dafür ein Paar neue Schuhe aus dem Schuhhaus.



Der erste Ausflug – auf den Golberg



Auf Schloss Ebersberg -
das erste Mitarbeiterseminar

Die MitarbeiterInnen erstellten den Film „Das Experiment“, der die Situation der Gastarbeiter in Öhringen aufzeigt. Außerdem führten sie 1973 in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Sozialwissenschaften Bonn eine Umfrage durch.

In Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht gab es Verkehrsabende für ausländische Verkehrsteilnehmer in der Realschule und im Wohnheim der NSU-Werke. Es entwickelten sich Kontakte zu den Firmen Huber, Purolator, Veith und Schaffitzel.

Ein erster Wegweiser für ausländische Einwohner Öhringens entstand.



Der erste Zeitungsartikel und die erste Jahresschrift erschienen.



1973 bis 1979

Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung

1973 – 1975 Die Stimmung kippt



Eine Wirtschafts- und Energiekrise, die sich schon Ende der 60er Jahre ankündigte, führte 1973 zu einem Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer. Zu dieser Zeit lebten ca. 2,6 Mio. Menschen ausländischer Herkunft in der BRD.

1973: Als in Folge der Ölkrise ein Anwerbestopp verhängt wurde, lebten knapp 4 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.

„Konsolidierungsmaßnahmen“:

Bis 1985 sank die Zahl ausländischer Arbeitnehmer um 780 000.

Ab November 1974 galt die Stichtagsregelung:

Ausländer, die im Rahmen des Familiennachzugs in die BRD eingereist waren, erhielten keine Arbeitserlaubnis mehr.

Ab 1975 wurde für Kinder im Heimatland nur noch ein minimales Kindergeld gezahlt. Für Gebiete mit einem Ausländeranteil über 12 % wurde eine Zugangssperre erlassen.

Die damalige sozial-liberale Bundesregierung formulierte den Grundsatz der Konsolidierung, die Zahl der nicht-deutschen Einwohner sollte begrenzt werden. Gleichzeitig kündigte sie eine Eingliederungspolitik für nicht-deutsche Familien an, die längerfristig in der Bundesrepublik sein wollten. Deutschland begriff sich selbst nicht als Zuwanderungsland. Man sah keinen Grund, die Integration der Zugezogenen zu fördern und vermied es, Tatsachen zu schaffen, die die Migration belegen würden.

Der Anwerbestopp des Jahres 1973 provozierte eine Welle der Familiennachzüge und man sah sich zum ersten Mal mit einer steigenden Zahl von vorwiegend nicht erwerbstätigen Migrantinnen konfrontiert. Zudem zeichnete es sich erstmals ab, dass viele der ausländischen Arbeitnehmer nun nicht mehr vorhatten, in den nächsten Jahren in ihre Heimat zurückzukehren. Ein Grund dafür war die Ausbildung der 2. Generation, der Jugendlichen, die als Kinder im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland kamen und derer, die in Deutschland geboren wurden.

Zwar wollten die meisten der 1. Generation wieder in ihre Heimat zurückkehren, doch wollten sie die Ausbildung ihrer Kinder abwarten und der Rückreisetermin verschob sich immer wieder.

Als Hauptproblem bei der schulischen wie bei der gesellschaftlichen Integration wurden immer die mangelnden Sprachkenntnisse der Betroffenen herangezogen. Hier ließ man damals die 2. Generation alleine. Wenn Familien aus dem Ausland sich dafür entschieden hatten, in Deutschland zu leben, sollten sie die Konsequenzen daraus selber tragen, so war damals die Sichtweise.

Sprachschwierigkeiten sowie fehlende Hilfe beim Lernen, schlechte Noten in der Schule und die daraus folgenden Frustrationsreaktionen führten dann bald auch zu einer Stigmatisierung der jungen Migranten zu Problemjugendlichen, denen man den Besuch einer weiterführenden Schule unmöglich empfehlen konnte.

Nachdem die Stellen in der Industrie und im Baugewerbe weniger geworden waren und diese wieder öfter mit deutschen Arbeitnehmern besetzt werden konnten, erkannten viele deutsche Unternehmer, dass Ausländer auch Arbeiten übernahmen, für die sich keine deutschen Arbeiter mehr finden ließen.

Zu der Ausgrenzung am Arbeitsmarkt fand auch eine Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt statt. Es gab deutliche Unterschiede zum Wohnraum der deutschen Bevölkerung. Migranten bezogen damals eher preisgünstige Wohnungen in Vierteln, die auf Grund schlechter Bausubstanz, Umweltbelastungen und schlechtem Image von deutschen Haushalten gemieden wurden. Oft führte allein die Wohnadresse eines Jugendlichen zur Stigmatisierung in der Schule oder bei der Ausbildungsplatzsuche.

Nun lebten ca. 4,6 Millionen. MigrantInnen in Deutschland.

Die zweite Generation

Die 2. Generation der Migranten stand zwischen zwei Welten. Für sie gab es die Heimat, zum Teil idealisiert durch die Erzählungen ihrer Eltern und die Lebensrealität in der „Fremde“, also in Deutschland, in dem sie sich fremd fühlten. Doch richtig war auch, dass ihnen das Leben in Deutschland vertrauter war als das in ihren Heimatländern.

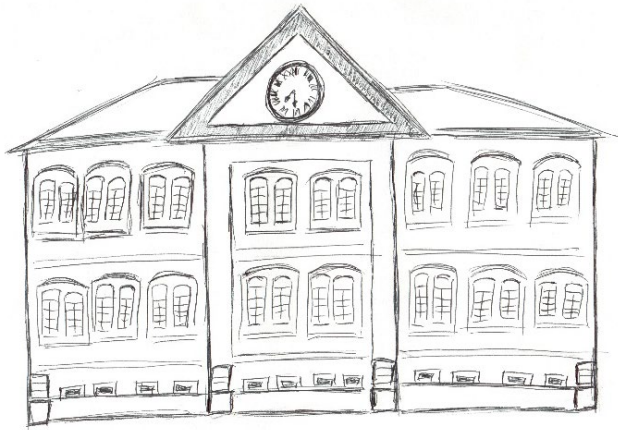
Die erste Generation wurde durch ihre hier lebenden Kinder und Enkel in Deutschland gehalten. Der wichtigste Teil ihrer Familien war hier sesshaft geworden, so wollten nun auch viele von ihnen hier ihren Lebensabend verbringen. Der Gedanke an eine Rückkehr in die fremdgewordene Heimat wurde abstrakter. In Deutschland hatte man soziale Strukturen aufgebaut, und auch das familiäre Netzwerk befand sich vorwiegend in Deutschland. Hier hatte der Großteil einen Arbeitsplatz und ein geregeltes Einkommen. All das müsste bei einer Rückkehr erst wieder aufgebaut werden. 1979 lebte jeder zweite Haushaltsvorstand schon seit mehr als 10 Jahre in Deutschland.



Die Kultusministerkonferenz hatte im April 1976 u. a. empfohlen, dass der Anteil ausländischer Kinder in einer Klasse 20 % nicht überschreiten soll, wobei Schüler ohne sprachliche Schwierigkeiten dabei nicht berücksichtigt werden. Übersteigt der Anteil ausländischer Kinder 20 %, können Klassen für ausländische Kinder eingerichtet werden. Für die Eingewöhnung in die deutsche Schule sollen Vorbereitungsklassen oder Übergangsklassen erleichtern. Sie werden für mindestens 14 Schüler eingerichtet.

Nach spätestens zwei Jahren sollen die Kinder unter Berücksichtigung von Alter und Leistung in die deutsche Regelklasse aufgenommen werden. Für mindestens 8 Schüler, die nach dem Besuch der Vorbereitungsklasse noch Schwierigkeiten in Deutsch oder Sachfächern haben, kann ein Förderunterricht eingerichtet werden.

Die Wiederholungsquote von ausländischen Kindern lag bei 6 %, das war dreimal so hoch wie bei deutschen Schülern. 70 % der Schüler blieben ohne Hauptschulabschluss.



Neben dem deutschen Unterricht konnten die Kinder freiwillig an einem nationalen Unterricht teilnehmen. Dieser Unterricht war in Baden-Württemberg Sache der jeweiligen Konsulate und Regierungen der Anwerbeländer. Der Umfang sollte nach Anweisung des Kultusministeriums 5 Wochenstunden nicht überschreiten. Oft aber überstieg der Unterricht dieses Limit.

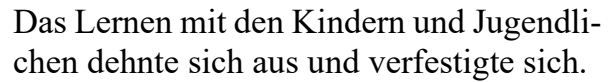
Der nationale Unterricht wurde so lange besucht, wie in den Anwerbeländern Schulpflicht bestand: Türkei 5 Jahre, Griechenland 6 Jahre, Spanien, Jugoslawien und Italien 8 Jahre.

Die Regionalsteuerung wurde aufgehoben, da sie nicht praktikabel war und Firmen in Ballungszentren unter einem erheblichen Mangel an Arbeitskräften litten. Die Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer wurde von Audi NSU mit 16 Mio. DM Rückkehrhilfe gefördert. Bereits zwei Jahre später konnte das Unternehmen seinen Bedarf an Arbeitskräften ohne zusätzliche ausländische Arbeitnehmer nicht mehr decken. Mit der geänderten Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz vom 01.10.1978 wurde die Erteilung einer unbefristeten Arbeitserlaubnis bzw. einer Aufenthaltsberechtigung erleichtert.

Erstes Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens 1978

Eine Ausländerbehörde konnte sich weigern, einen Asylantrag anzunehmen, wenn der Asylbewerber keinen Anerkennungsgrund geltend machte oder bereits in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden hatte. Damit entfiel die Widerspruchsinstanz beim Bundesamt und die Berufung beim Oberverwaltungsgericht, wenn die Ablehnung „offensichtlich unbegründet“ war.

„Als der Hohenlohekreis 1973 entstand, zählte er 5 419 ausländische Mitbürger. Die größte Bevölkerungsgruppe stellten damals die Jugoslawen (40 %), gefolgt von Griechen (27%), Türken (16 %) und Italienern (8%).“
aus: 40 Jahre Hohenlohekreis – Chronik, Seite 9 (www.Hohenlohekreis.de)



Der Ortsverband Öhringen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erklärte 1977: „Wir finden Ihre selbstlose Arbeit für Schwache in einer Zeit des Egoismus besonders ermutigend.“ Verbunden mit dem Schreiben war eine Spende.



Theatergruppe 1978

Im März 1974 fand ein erster Ausländerabend in Öhringen statt.

Im August 1974 wurde der Aushängekasten am Öhringer Rathaus durch Frau Dr. Veiel eingeweiht.



Im Juni 1977 startete ein deutsch-türkischer Sprachkurs, ein alternativer Versuch zu herkömmlichen Sprachkursen. Deutsche lernen Türkisch, Türken lernen Deutsch und das gemeinsam.

Der AK erweiterte in diesem Zeitabschnitt seine Zielsetzungen:

1. Öffentlichkeitsarbeit, ein Schritt zum Abbau von Vorurteilen
2. Der AK soll Familien, besonders Kindern und Jugendlichen helfen, gleichzeitig andere Gruppen zur Nachahmung anregen und für ausländische Mitbürger Hilfe zur Selbsthilfe sein.
3. Rechtsberatung und Angebot eines Sprachkurses für Eltern



Stadtfest 1978



Fest an der Stadtmauer 1979

Dr. Landrat Susset schrieb im Januar 1978: „Ich hoffe und wünsche, dass Sie sich weiterhin persönlich für die menschliche Integration unserer ausländischen Mitbürger einsetzen im Interesse der Völkerverständigung und zum Wohle aller.“

1979 – 1980

Integrationskonzepte stehen im Mittelpunkt

Heinz Kühn, der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, legte Ende September dem Bundeskabinett ein Memorandum über den „Stand und die Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik“ vor.



„Die bisherige Entwicklung und die bisherigen Maßnahmen sind offenbar zu sehr von der Priorität arbeitsmarktpolitischer Gesichtspunkte geprägt worden, während die ebenso gewichtigen sozial- und gesellschaftspolitischen Postulate nachrangig erscheinen.“ Konzeptionen, die eine Integration auf Zeit, also Integration und Erhaltung der Rückkehrfähigkeit anstreben, sind, so Heinz Kühn, „widersprüchlich und unrealistisch.“ Er forderte die Anerkennung der faktischen Einwanderung und setzte sich für das Kommunalwahlrecht für nicht-deutsche Einwohner ein. Er machte Vorschläge für eine konsequente Integrationspolitik.

Die Bundesregierung blieb in ihren Beschlüssen 1980 weit hinter seinen Forderungen zurück und lehnte selbst Einbürgerungserleichterungen für nicht-deutsche Jugendliche ab. "Rückkehrbereitschaft stärken" - das Motto der Ausländerpolitik setzte sich zu Beginn der 1980er Jahre durch.

Über eine halbe Million Türken arbeitete in der Bundesrepublik, mit den Familienangehörigen bildete die Gruppe das größte Kontingent der Ausländer (1,2 Millionen). 20 % der Italiener, Türken, Griechen, Jugoslawen, Spanier der Portugiesen lebten bereits länger als 10 Jahre. Vielfach wuchs die zweite, gelegentlich schon die dritte Generation hier auf. Mehr als die Hälfte aller ausländischen Kinder erreichte nach wie vor keinen Hauptschulabschluss. 3 % der türkischen Schüler/innen hatten einen Zugang zu höheren Schulen, dagegen 30 % der Deutschen.

Die Stichtagsregelung wurde durch die Wartezeitregelung ersetzt. Nachgereiste Ehegatten mussten 4 Jahre, minderjährige Kinder 2 Jahre warten, bis ihnen die Arbeitserlaubnis erteilt wurde.

Das Jahr 1980: Die Asylbewerberzahlen erreichten mit 107 000 einen Höhepunkt.

Das zweite Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens beinhaltete die Entscheidung über Asylanträge durch Einzelbedienstete statt durch Ausschüsse, kein Recht mehr auf persönliche Anhörung, keine Arbeitserlaubnis in den ersten 12 Monaten während des Asylverfahrens, kein Kindergeld während des Asylverfahrens, Sozialhilfe möglichst durch Sachleistungen und Naturalversorgung, Visumzwang auf für Afghanistan, Äthiopien, Sri Lanka, Indien, Bangladesch, Türkei, Taschengeld bei Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.

1979 – 1980

Vorbildliche kommunale Bürgeraktion und Vereinsgründung

Hakan, einer unserer Schüler schrieb:

Als wir von der Türkei nach Deutschland kamen konnte ich die deutsche Sprache nicht sprechen. Nach den Sommerferien ging ich in die Schule. Ich konnte meine Hausaufgaben nicht machen, weil ich in der Schule gar nichts verstand. Dann ging ich in A.K. Da lernte ich die deutsche Sprache in zwei Jahren. Ich konnte in der 4. Klasse nicht in die Realschule weil ich die schwere Sprache nicht so gut gelernt hatte. Dann ging ich in die 5. Klasse Hauptschule und nach den Sommerferien ging ich in die 6. Klasse Realschule.

Die MitarbeiterInnen erweiterten die Aktivitäten: Es gab neben dem Lernen mehr Freizeitangebote, z. B. eine Mädchengruppe. Auch während der Ausbildung wurden Jugendliche betreut.



Ausflug nach Ludwigsburg



Erste Familienfreizeit in der Jugendherberge Rechenberg 1980

In Zusammenarbeit mit der Stadt Öhringen und der FDP entstand ein Wegweiser für die ausländische Einwohner Öhringens.

Das Jahr 1980 – ein besonderes Jahr



Am 1.02. 1980 wurde der Arbeitskreis ausländische Mitbürger Öhringen als **vorbildliche kommunale Bürgeraktion** ausgezeichnet. Beim Festakt in Stuttgart übergab Ministerpräsident Lothar Späth die Urkunde.

25.04.1980 Gründung des Vereins

Als der Aktionskreis 1971 ins Leben gerufen wurde, hatte keiner der Gründer die Absicht, eine Organisation zu schaffen, die über acht Jahre arbeiten sollte. Der AK war gedacht als Initiative, die benachteiligten ausländischen Kindern in der Schule helfen wollte, bis die Schulen intensiv an die Lösung des Problems herangehen.

Mit der Gründung des Vereins wurde die Idee der Übergangslösung zu den Akten gelegt.



Teilnahme am Altstadtfest 1980

1981 bis 1990 – Wende in der Ausländerpolitik

Ausländische Mitbürger – die dritte Generation

Plötzlich propagierten auch Politiker die Integration. Dafür konnte es viele Gründe geben – Fachkräftemangel, die demografische Entwicklung, das Entstehen von Parallelgesellschaften – um nur einige Möglichkeiten zu nennen.

In den Medien, Film und Fernsehen, sah man immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund. „Sie sind angekommen“, sollte die Botschaft lauten. Aber eigentlich waren sie schon länger da, nur niemand wollte sie prominent in den Vordergrund stellen.

Viele der hochqualifizierten vor allem türkischen jungen Menschen verließen ihre deutsche Heimat, um in das Land ihrer Eltern zurückzukehren. Dort konnten sie sich aktiv am wirtschaftlichen Aufschwung ihres Landes beteiligen und wurden nicht ausgegrenzt. 1983/84 waren etwa 280 000 Türken in ihr Land zurückgegangen. Anfang und Mitte der 1980er Jahre fiel die Zuwanderung gering aus, Anfang der 1980er Jahre war die Wanderungsbilanz sogar leicht negativ.

Wende in der Ausländerpolitik

Aus der Regierungserklärung von Helmut Kohl (1989):

**„Wir sind kein Einwanderungsland.
Und wir können es auch nicht werden.“**



Die weitere Zuwanderung wurde wirksam begrenzt und die wirtschaftliche und soziale Integration verbessert. Restriktive Maßnahmen rückten weiter ins Zentrum der ausländerpolitischen Entscheidungen.

Harald Seeger schrieb bereits 1982 in der AK-Infoschrift:

„Die anstehenden Probleme können wir nicht lösen, wenn wir uns krampfhaft an der These, die Bundesrepublik Deutschland sei kein Einwanderungsland, festhalten, wenn wir die Augen vor der Realität verschließen. Die Mehrheit der ausländischen Mitbürger wird in der Bundesrepublik bleiben. Für sie, die bereits hier leben, ist die Bundesrepublik zum Einwanderungsland geworden. Die schwieriger werdenden nächsten Jahre können nur gemeinsam von Deutschen und Ausländern bewältigt werden. Dafür müssen unbedingt die Voraussetzungen geschaffen werden wie der Abbau von Ängsten und Vorurteilen und die Förderung von gegenseitigem Vertrauen durch sachliche Information, eine aktive Politik, die eine Integration im Kindergarten, in der Schule, im Wohn- und Freizeitbereich ermöglicht und die Beteiligung der Ausländer am politischen Leben durch Gewährung politischer Rechte.“

Aus dem Asylverfahrensgesetz des Bundes vom 22.12.81/16.07.1982:

- Bewegungsfreiheit im Land- bzw. Stadtkreis
- Arbeits- und Ausbittungsverbot während der Dauer des Verfahrens (in Baden-Württemberg) für mindestens fünf Jahre (mit Ausnahme der Ostblockflüchtlinge)
- kein Kindergeld (nicht einheitlich, es wird rückwirkend anerkannt, allerdings beim Sozialamt gegengerechnet, soweit dieses Sozialhilfe geleistet hat)
- Unterbringung in Sammelunterkünften mit Gemeinschaftsverpflegung
- Versagung jeglicher Integrationsmaßnahmen – seit 1982 sind die staatlichen Zuschüsse für Sprachkurse für Asylbewerber gestrichen
- Keine Schulpflicht für Kinder, von manchen Schulleitern geduldet
- Keine Bildungsmöglichkeiten
- Sozialhilfe in Sachleistungen (70 DM Taschengeld/Monat),



Nach Aussagen der Bundesregierung 1985 wurden Abschiebungen nicht durchgeführt, wenn durch die Rückkehr Leben und Freiheit der Flüchtlinge bedroht waren und aus politischen Rücksichten, etwa bei Ostblockflüchtlingen, eine Abschiebung verboten war.

Personen, die in einem anderen Staat „nicht nur vorübergehend“ Schutz gefunden hatten, d. h. sich 3 Monate in einem anderen Land oder sich in einem anderen EG-Land, Österreich, Schweiz, Schweden oder Norwegen aufgehalten hatten, wurden abgelehnt.

Deutsche Auslandsvertretungen wurden angewiesen, Visa nur zu erteilen, wenn die „Anwesenheit des Ausländers im Interesse der Bundesrepublik“ war.

Wirtschaftliche Gründe, allgemeine Notsituationen oder kriegerische Auseinandersetzungen (Krieg und Bürgerkrieg) wurden als Asylgrund abgelehnt.

1988 wurden 91,4 % der Asylbewerber nicht anerkannt, das entsprach 83 000 Asylbewerbern.

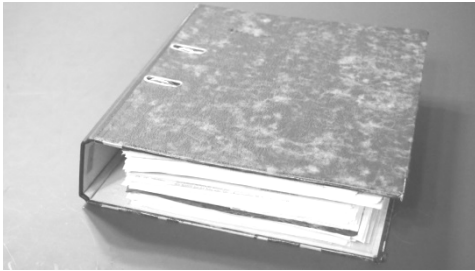
1985 entstand ein Übergangwohnheim für Asylanten in Öhringen.

1986 verstärkte die FAP ihre Aktivitäten in Öhringen. Flugblätter tauchten auf. Sie trugen den Titel „Bringen Ausländer den Bürgerkrieg?“ Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein.

Es bildete sich der Freundeskreis Asyl in Öhringen.

Das Jahr 1989

„Die Ankunft dieser Flüchtlinge traf mit einer Masseneinreise von Aussiedlern zusammen. Dies führte zu einer Debatte um die Schließung der Grenzen, die oft rassistisch auf ‚dunkelhäutige‘ Menschen zielte. Die Verweigerung des Einwandererstatus vonseiten politischer Institutionen trug zur Ausländerfeindlichkeit bei.“¹



Nach dem Bundesvertriebenengesetz war „Aussiedler“, wer „als deutscher Staatsangehöriger oder als deutscher Volkszugehöriger nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen, die zurzeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China verlassen hat oder verlässt, es sei denn, dass er, ohne aus diesen Gebieten vertrieben und bis zum 31. März 1952 dorthin zurückgekehrt zu sein, nach dem 8. Mai 1945 einen Wohnsitz in diesen Gebieten begründet hat.“

Sprecher der deutschen Wirtschaft sprachen von „Chancen für die deutsche Wirtschaft“ und Helmut Kohl betonte die wirtschaftlichen Gründe, „Aussiedler ins Land zu holen“. Es schien, Industrie und Politik wollten der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit mit Hinweisen auf die wirtschaftliche Bedeutung der Aussiedler entgegenwirken.

Bundeskanzler Kohl: „Unsere ausländischen Mitbürger leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft. Mit ihrem Fleiß und ihrer Leistungsbereitschaft mehrten sie den Wohlstand unseres Landes. Sie machen unser Leben bunter und vielseitiger [...]

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung empfindet das Zusammenleben mit unseren ausländischen Mitbürgern zu Recht als große Bereicherung. Wo dennoch Ausländerfeindlichkeit zu beobachten ist, sind wir alle aufgerufen, solchen Erscheinungen entschieden entgegenzutreten [...].

Die Bundesrepublik Deutschland kann kein Einwanderungsland sein – das würde auch die Möglichkeiten unseres reichen Landes weit überfordern. Viele unserer ausländischen Mitbürger leben aber bereits seit vielen Jahren bei uns, sie haben in unserem Land Freunde, oft auch eine neue Heimat gefunden. Ihre Integration wollen wir nach Kräften fördern – das ist einer der wichtigsten Ziele der Bundesregierung.“²

1 S. 112, Dirk Hoerder Geschichte der deutschen Migration, München 2010

2 Informationen des Bundesministers des Inneren, Sonderausgabe, Erscheinungstag: 28.02.1989

1981 – 1990 AKtive Jahre

Bastelangebot mit Frau Doll, Frau Zenth und Frau Schlumpberger ab dem Jahr 1984

Höhepunkt des Jahres ist das „Bastelfest“.



Zu den Highlights gehören außerdem:

Ausflüge, z. B. in die Wilhelma 1984 und nach Tripsdrill,

die Wochenendfreizeiten im Kinder- und Jugenddorf Klinge,

Besuche des Kindertheaters



Festumzug
in Kupferzell 1984



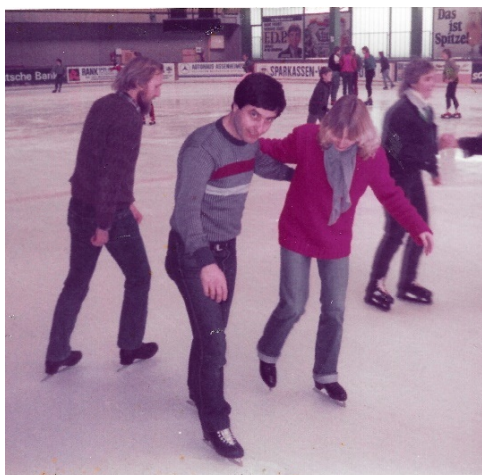
Fahrradkurse mit der Jugendverkehrsschule
und Verkehrsinformationsabende für ausländische Eltern



Sternwanderung des Kreisjugend-
rings Hohenlohe nach Forchtenberg
1983



Gerümpelturniere



Erste Versuche auf dem Eis 1984

1985 fuhren 80! TeilnehmerInnen zum Schlittschuhlaufen nach Heilbronn.



Ab 1984 Kerzenziehen unter fachkundiger Leitung von Herrn Siegfried Holz
Verkauf von Kerzen auf dem Weihnachtsmarkt

Weitere Aktivitäten:

Nähkurse und Kochkurse mit Frau Trampetci und Frau Doll,
Türkischkurs mit Orhan Trampetci,
Teilnahme an Festen, z. B. Stadtfest 1986,
Veranstaltungen zum Thema „Ist der innere Friede gefährdet? – Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik“ und zum Thema „Weltreligion Islam“

Der AK wurde 1983 Mitglied im BIA – Bund der Mitarbeiter/innen baden-württembergischer Initiativgruppen in der Ausländerarbeit



15. Geburtstag des AK

Wir feierten in Pfedelbach und in Öhringen. Im Haus der Jugend gab es eine Ausstellung. Mit dem Auftritt der griechischen Kinder begann Babi seine Folkloregruppe.

1990 bis 1995

Asylpolitik stand im Vordergrund

Zu Beginn der 1990er-Jahre war die Zuwanderung wieder angestiegen und sogar höher als 1970, dem Jahr mit dem höchsten Zuzug an "Gastarbeitern".

Als neue Einwanderungsgruppe kamen nach dem Ende des Kalten Krieges die Aussiedler hinzu. Die Zahl der Asylbewerber erreichte im Jahre 1992 mit rund 440.000 Menschen im Bundesgebiet ihren Höhepunkt. Die meisten Antragsteller kamen damals aus dem ehemaligen Jugoslawien (1991 Jugoslawienkrieg)

Die Bundesrepublik betonte, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Die deutsche Bevölkerung war zunehmend verunsichert angesichts einer unregelmäßigen Zuwanderung, für deren Bewältigung kein politisches Konzept vorlag.

Mit der deutschen Wiedervereinigung verbreitete sich in Deutschland eine ausländerfeindliche Grundstimmung. 1991 wurden in Hoyerswerda Asylsuchende aus ihren Unterkünften vertrieben und mit Steinen beworfen. Im gleichen Jahr wurden in Hünxe zwei Flüchtlingskinder bei einem Brandanschlag schwer verletzt. 1992 wurden in Rostock die Unterkünfte von Asylbewerbern belagert und schließlich in Brand gesetzt. In Mölln (1992) und Solingen (1993) wurden Brandanschläge auf bereits lange in Deutschland lebende türkische Familien verübt, die in den Flammen starben oder schwer verletzt überlebten. „1992 sterben in Deutschland 17 Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder Nationalität.“ (Infoschrift 1996, S. 35)

Das neue Ausländergesetz 1990

Die Aufenthaltsgenehmigung

Alle, auch Kinder unter 16 Jahren und nachgezogene Ehegatten, benötigten ein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Davon befreit waren die Kinder mit Staatsangehörigkeit aus EG-Ländern und den ehemaligen Anwerbestaaten.



Die **befristete Aufenthaltserlaubnis** erhielten automatisch hier geborene Kinder sowie nachgezogene Kinder unter 16 Jahren.

Die **unbefristete Aufenthaltserlaubnis** erhielten Erwachsene nach 5 Jahren befristeter Aufenthaltserlaubnis, Kinder zwischen 16 und 18 Jahren nach 8-jährigem Aufenthalt, volljährige Kinder nach 8-jährigem Aufenthalt; es mussten ausreichende Deutschkenntnisse sowie die Sicherung des Lebensunterhalts oder eine Schul- bzw. Berufsausbildung nachgewiesen werden, außerdem Sprachkenntnisse, ausreichender Wohnraum und der

Schulbesuch der Kinder. Bisher konnte die unbefristete Aufenthaltserlaubnis schon nach 2–5 Jahren ausgestellt werden.

Für die **Aufenthaltsberechtigung** waren ein 8-jähriger Aufenthalt in der BRD, ausreichendes Einkommen, einfache Sprachkenntnisse, ausreichender Wohnraum, der Schulbesuch der Kinder, das Einhalten der Rechtsordnung, eine Arbeitserlaubnis und mindestens 60 Monatsbeiträge zur Rentenversicherung notwendig.

Die **Aufenthaltsbewilligung** erhielten z. B. Studenten für einen zweckgebundenen, befristeten Aufenthalt. Die **Aufenthaltsbefugnis** war für De-facto-Flüchtlinge relevant.

Familiennachzug

Die einjährige Wartezeit nach der Eheschließung fiel weg. Der Ehegattennachzug war für die erste Generation möglich, wenn der hier lebende Ehepartner eine Aufenthaltsberechtigung hatte. Der Kindernachzug war für Kinder unter 16 Jahren möglich, der Nachzug anderer Familienangehöriger nur bei einer außergewöhnlichen Härte.

Recht auf Wiederkehr

Jugendlichen, die mindestens 8 Jahre in der Bundesrepublik gelebt und 6 Jahre die Schule besucht hatten, wurde ein Recht auf Wiederkehr gewährt. Der Antragsteller durfte nicht länger als 5 Jahre im Ausland gelebt haben. Für Rentner, die vor der Rückkehr in die Heimat bereits acht Jahre in der Bundesrepublik gelebt hatten und von hier eine Rente bezogen, war das Recht auf Wiederkehr eingeführt.

Das neue Recht erleichterte die **Einbürgerung**. Die Gebühren wurden deutlich gesenkt: 100 DM (bisher 75 % eines Netto-Monatseinkommens). Erwachsene konnten sich einbürgern lassen unter folgenden Voraussetzungen: 15-jähriger Aufenthalt, keine Verurteilung wegen einer Straftat, Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, gesicherter Lebensunterhalt.

Ab 1.01.1993 erhielten durch die Verträge von Maastricht alle EG-Bürger das Wahlrecht. Von den 6 Millionen Ausländern waren nur 1,5 Millionen EG-Bürger. (Infoschrift 1992, S. 32)

„Eine Verschärfung des Asylrechts 1993 senkte den Prozentsatz anerkannter Asylberechtigter massiv.“¹ Von 1990 bis 1998 hatten 50 % aller Asylbewerber innerhalb der EU in Deutschland um Asyl nachgesucht. Von allen, die in Deutschland um Asyl nachsuchten, wurden etwa 4 % anerkannt.

Aktion Courage wurde 1992 gegründet, ein Verein, der sich für die Beseitigung von Diskriminierung ethnischer Minderheiten und die Erleichterung ihrer Integration einsetzt. Das Zebra ist das Erkennungszeichen.



¹ Dirk Hoerder Geschichte der deutschen Migration, München 2010, S. 112



Clown Riccolino
1992

1990 – 1995

Ab 1993 gibt es eine Kindergartengruppe, geleitet von Rita Schneiders und Claudia Burkhardt.

Neben dem Lernen konnte man oft aktiv werden:

- Faschingsfeier
- Basteln mit Biggi und Andrea
- Bastelfest
- Kinderferienwoche des Diakonischen Werks
- Wochenendfreizeit
- Eltern-Lehrer-Helfer-Abend

- Tischtennisturnier
- Schlittschuhlaufen
- Eislaufen
- Kerzenziehen
- Weihnachtsfeier
- ...

Vor der Eishalle in
Heilbronn



Unterwegs zu Knurps „Das Wunschmännchen“



Zweiter Preis beim Wettbewerb
„So leben wir“ des Sozialministeriums
Baden-Württemberg
1993



Mädchengruppe Bella Setila



Jugendheimattage 1993

Renovierung des
Hauses der Jugend im Jahr 1993

Die tolle AK
Es war einmal ein Jugendhaus.
Es hieß AK.
AK war in 1971 ^{das} Jahr ganz alt.
In 1993 ^{Jahr} ~~stimm~~ AK viel neuer geworden.
Eine Küche wird's gemacht neue Zim-
mern usw. Von vielen Ländern sind
Kinder gekommen. Es war wundervoll.
Und sie spielten zusammen.
Ende von Segi!

Die Parolen, Beschimpfungen, pauschale Forderungen und Fremdenfeindlichkeit nahmen zu. Wir nahmen 1991 dagegen Stellung durch die Veranstaltungsreihe „Aussiedler – Asylbewerber – Ausländische Mitbürger“, die Teilnahme an Mahnwachen, am Run- den Tisch „Gegen den Hass“, durch die Mitwirkung am Café Asyl, die Teilnahme am Politikerforum in der Realschule 1994 und am Internationalen Tag an der Hauswirt- schaftlichen Schule 1994.

20 Jahre AK

Internationales Fest im Oktober 1991



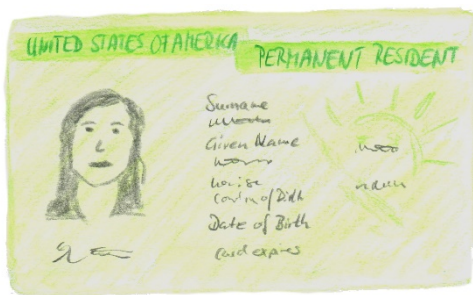
Fest der Begegnung „Fremde brauchen Freunde“ 1992

1995 bis 2001

Vom vollen Boot zur Greencard. Einwanderung zur Stützung des Systems

In den Jahren 1997 und 1998 gab es bei der ausländischen Bevölkerung erstmals mehr Fort- als Zuzüge. Zum ersten Mal sank die Einwohnerzahl Deutschlands unter die des Vorjahres. Damit fanden auch die gewalttätigen Aktionen gegen die ausländische Bevölkerung ein vorläufiges Ende.

Im April 1998 trat ein neues Flüchtlingsaufnahme- und Unterbringungsgesetz in Kraft, wonach Asylbewerber nur noch in Sammelunterkünften untergebracht werden durften und der Bezug von Lebensmitteln und Kleidung in Form von Sachleistungen erfolgen sollte. Es gab ein Taschengeld von 80 DM monatlich. (Infoschrift 2001, S. 38)



Als die deutsche Wirtschaft Anfang des neuen Jahrtausends den Fachkräftemangel anmahnte, verstummten allmählich die öffentlichen Rufe nach Begrenzung und Reduzierung von Einwanderung. Die Greencard für ausländische IT-Spezialisten brachte, auch wegen der geringen Nachfrage im Ausland, nicht das gewünschte Ergebnis.

1998 - 2004

Das Ringen um ein Zuwanderungsgesetz

Einbürgerungen und das 2000 geänderte Staatsangehörigkeitsrecht, das Kindern von in Deutschland lebenden AusländerInnen zusätzlich zur Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit verlieh, hatten dazu geführt, dass die ausländische Bevölkerung nicht wuchs, sondern zurückging.

Zunächst einmal änderte sich Grundsätzliches im neuen Zuwanderungsgesetz, das klare Bekenntnis zum Einwanderungsland.

Der Anwerbestopp für Nicht- und Geringqualifizierte blieb erhalten. Verbesserungen brachte das Zuwanderungsgesetz im humanitären Bereich. So wurden nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung als Fluchtursache anerkannt.

Zum ersten Mal wurde ein Integrationsanspruch für Neuzuwanderer eingeführt.

Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurde das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFL) zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).



1996 – 2000

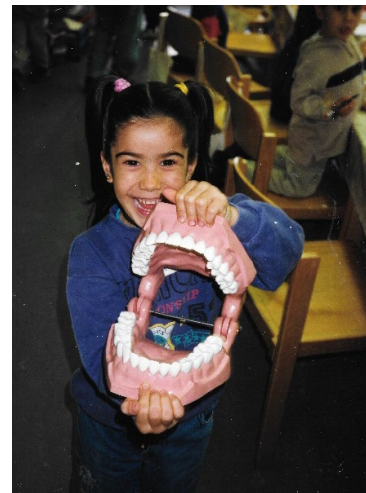


25 Jahre AK 1996
mit Martin Mime

Werner Kraft und Harald Seeger vom AK forderten eine klare, berechenbare und zukunftsorientierte Ausländerpolitik. (Infoschrift 1996, S. 36)



Hilfe für türkische Erdbebenopfer 1999



Tag der Zahngesundheit 1999

1996 Gedenkfeier in der ehemaligen Synagoge zur Erinnerung an die Verwüstung
1997 Jüdischer Tag im AK mit Frau Dror, Frau Scheuer-Karpin und Herrn Reinhardt

1999 Informationsstand in der Öhringer Kultura bei Agenda 21: „Berühmte Deutsche“
1996/1997 Mitarbeit bei der Konzeption des Jugendforums Öhringen

2000 – 2009

Paradigmenwechsel in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes



Auszüge aus der „Berliner Rede“ von Bundespräsident Johannes Rau am 12. Mai 2000:

„Mehr als sieben Millionen Ausländer leben in Deutschland. Sie haben unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahren verändert. Doch wir denken zu wenig darüber nach, was das für das Zusammenleben in unserem Land insgesamt bedeutet. Und wir handeln zu wenig danach. Wir müssen Unsicherheit und Angst überwinden, die manchmal zu Fremdenfeindlichkeit, zu Hass und Gewalt führen.“

Integration ist ... die Aufgabe, die wir gemeinsam anpacken müssen, wenn wir das Zusammenleben erfolgreich und friedlich gestalten wollen. Am Beginn aller Diskussionen muss klar sein: „Die Ausländer gibt es nicht. Es geht immer um einzelne Menschen.“ (Infoschrift 2000, S. 41/42 - Die vollständige Rede findet sich in der „Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik – ZAR vom Juli 2000)

Im Jahr 2000 gab es mehr ausländische Übergriffe als in den Jahren zuvor. Rechte Organisationen und Gruppen erfreuten sich regen Zulaufes. (Infoschrift 2001, S. 39)

Am 1.01.2000 trat das neue **Staatsangehörigkeitsrecht** in Kraft.

Die deutsche Staatsbürgerschaft wird nicht nur durch Abstammung von Deutschen, sondern auch durch Geburt in Deutschland erworben, wenn sich ein Elternteil seit 8 Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhielt und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besaß. Damit hat das Kind eine doppelte Staatsbürgerschaft, nach Vollendung des 18. Lebensjahres müssen sich die Kinder innerhalb von 5 Jahren für eine Staatsbürgerschaft entscheiden.



Nach Ablauf von 8 Jahren (bisher 15 Jahren) hatte ein Ausländer einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn eine Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung vorlag, ebenso die Bestreitung des Lebensunterhalts, keine Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, keine Verurteilung wegen einer Straftat, ausreichende deutsche Sprachkenntnisse.¹

¹ AiD, Ausländer in Deutschland 2/99

2005: Integration wieder im Mittelpunkt?

Ein neues Zuwanderungsgesetz – ab 01.01.2005

Statt wie bisher fünf verschiedene Aufenthaltstitel gab es die (befristete) **Aufenthalts-erlaubnis** und eine (unbefristete) **Niederlassungserlaubnis**. Die **Duldung** blieb als Element der Feinsteuerung erhalten.

Bürgerinnen und Bürger der EU mussten künftig wie Deutsche nur noch der Meldepflicht an ihrem Wohnort nachkommen. Sie mussten keinen Aufenthaltstitel beantragen.

Zur Eingliederung der Zuwanderer, die sich dauerhaft in Deutschland aufhalten wollten, haben diese einen Anspruch auf Teilnahme an einem **Integrationskurs**. Erstmals wurde die Sprachförderung von Zuwanderern als ein Kernbereich staatlicher Integrationspolitik definiert. Fünfzig Jahre hatte es gedauert, bis Deutschkurse eingeführt wurden!

Asylberechtigte nach Art. 16 a GG und Flüchtlinge nach der Genfer Konvention wurden gleichgestellt. Sie erhielten zunächst eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis.



Der Nachzug von Kindern nach Deutschland war weiterhin grundsätzlich bis zum 16. Lebensjahr möglich. Bei Kindern von Asylberechtigten und Flüchtlingen bestand ein Nachzugsanspruch bis zum 18. Lebensjahr sowie bei Einreise mit der Familie.

(Infoschrift 2004, S. 36 – 42)

Mit rund 35 000 Asylanträgen verzeichnete Deutschland den niedrigsten Stand seit über 20 Jahren. Nur rund 3 000 Menschen wurden 2004 als schutzbedürftig anerkannt.

„Ausreisepflichtigen ausländischen Staatsangehörigen, die faktisch wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind, soll ... ein Bleiberecht gewährt werden.“ Die Integration war an Bedingungen geknüpft. Rund 190 000 geduldete Ausländer waren von diesem Bleiberecht betroffen.¹

Wir waren ein Einwanderungsland ohne Einwanderer geworden. Insgesamt hatte in den letzten Jahren ein **Perspektivenwechsel** stattgefunden.

Der Anwerbestopp blieb bestehen und die Zuwanderungszahlen bewegten sich auf ein Rekordtief zu. Der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt wurde dann gewährt, wenn für diese Tätigkeit kein Deutscher oder kein ihm gleichgestellter Unionsbürger zur Verfügung stand.

¹ Bleiberechtsbeschluss der IMK vom 17.11.2006

2001 – 2009 Ereignisreiche Jahre



30 Jahre AK

Das Jubiläum wurde 2001 mit einer Ausstellung im Öhringer Rathaus und einem Fest im Haus der Jugend gefeiert.



2004 erstellten Peter Salig und Romano Gaiera die Homepage: www.akoehringen.de.

Die ersten SE-Praktikanten der Realschule Pfedelbach begannen 2004 ihre Arbeit im AK. SE bedeutet „Soziales Engagement“.

2005 wurde der Arbeitskreis ausländische Mitbürger als **Träger der freien Jugendhilfe** anerkannt.

Integrationspreis



Der AK erhielt 2006 den **Integrationspreis der diaphania**, der Europäischen Gesellschaft für Politik, Kultur und Soziales e. V. Heilbronn.



Eindrücke von den
Wochenendfreizeiten 2005 und 2006



Impressionen vom
Stadtfest 2009



2007 erhielten wir eine Spende aus dem Erlös des
Hohenloher Adventskalenders.



Eine große Spende erhielt
der AK im Jahr 2009 von
„Kinder laufen für
Kinder“

In diesem Zeitabschnitt mussten die AK'ler zwei Abschiebungen miterleben.

2010 – 2020

eindeutig mehrdeutig

Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes hatte eine Person Migrationshintergrund, wenn

1. die Person nicht auf dem Gebiet der heutigen BRD geboren wurde und 1950 oder später zugewandert ist und/oder
2. die Person keine deutsche Staatsangehörigkeit besaß oder eingebürgert worden war.
3. Darüber hinaus hatten Deutsche einen Migrationshintergrund, wenn ein Elternteil der Person mindestens eine der unter 1. und 2. genannten Bedingungen erfüllte.



Demnach brauchte man selbst keine Migrationserfahrung, um einen Migrationshintergrund zu besitzen. Jeder Dritte mit Migrationshintergrund lebte seit seiner Geburt in Deutschland.



Die PISA-Studie hatte festgestellt, dass proportional mehr Migrationskinder zur Hauptschule gingen als Deutsche, und dass sie wesentlich schlechtere Chancen auf einen höheren Schulabschluss und Zugang zu gut bezahlten Berufen hatten. Als Ursache dafür wurden geringere Lesekompetenz und dadurch bedingte mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzdefizite genannt. Die Studie wies einen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Lesekompetenz nach.

In der Bundesrepublik stieg die Zahl der Einbürgerungen um 5,1 %. 92 Menschen hatten sich 2012 im Hohenlohekreis für den deutschen Pass entschieden.

Coskun Canan, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Humboldt-Universität Berlin, fand heraus, dass es unter den jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund keine gemeinsame Identität gab. Er unterschied aufgrund der Umfrageergebnisse

- die Bindestrich-Identität (deutsch-türkisch, ...)
- die Weder-Noch-Identität (Weltbürger, beidseitige Ausländer)
- die neuen Identitäten (Berlinistanbuler, Neu-Deutsche)

Sein Fazit: Die Menschen sind eindeutig mehrdeutig.

So bunt ist Deutschland

2015 lebten in Deutschland Menschen aus etwa 190 Nationen. Jeder fünfte deutsche Staatsbürger, also 20,5 % hatte einen Migrationshintergrund. Die Mehrheit, 40,7 % hatte eine Aufenthaltsdauer von 20 und mehr Jahren. (Statistisches Landesamt)

Nach dem 2. Weltkrieg waren bis 1949 viele Menschen nach Deutschland gekommen. 1950 war bereits jeder fünfte Einwohner ein Vertriebener. Gäbe es das Stichdatum nicht, hätte vielleicht jeder Zweite in Deutschland einen Migrationshintergrund.

„In der heutigen Seniorengeneration hat nur jeder zehnte einen Migrationshintergrund, während schon jedes dritte Kind unter 15 Jahren aus einer Einwandererfamilie stammt.“¹

Flüchtlinge 2015

Die größte Flüchtlingstragödie seit dem Zweiten Weltkrieg

Weltweit waren nach Angaben der UNO etwa 60 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die meisten Flüchtlinge wurden von den Nachbarstaaten ihrer Heimatländer aufgenommen. In dem vom Bürgerkrieg verwüsteten Land Syrien war jeder Dritte auf der Flucht.

(Infoschrift 2014, S. 37)



Deutschland versuchte auf europäischer und internationaler Ebene, eine gerechtere Lastenteilung zu erreichen. Die EU musste sich im eigenen Interesse auf eine gemeinsame Flüchtlingspolitik einigen.

70 % aller Flüchtlinge, die gekommen waren, hatten traumatische Erlebnisse. Sie hatten z. B. Gewalt am eigenen Leib erfahren oder sie waren Zeuge davon geworden. Alle hatten die Erfahrung des Verlustes gemacht: Verlust von Angehörigen, des sozialen Netzwerks, der Heimat, des Gefühls von Sicherheit und Identität. Viele hatten oft lange Zeit in ständiger Gefahr gelebt, mussten Hunger, Durst und Kälte erleiden, waren lange in Flüchtlingslagern untergebracht, erlebten das Asylverfahren.

Die Lebensbedingungen in der Zeit nach einem Trauma sind sehr wichtig, ein sicherer Aufenthalt, eine Wohnung und eine sinnvolle Beschäftigung. Die Betroffenen benöti-

gen emotionale Unterstützung und eine wertschätzende Umgebung, damit die eigenen Selbstheilungskräfte unterstützt werden. 30 % der traumatisierten Flüchtlinge brauchen eine Therapie.¹

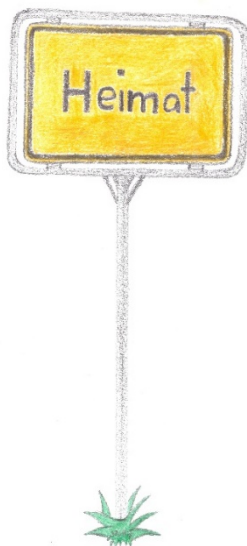
Asylbewerber wurden beschimpft, Politiker angegriffen, Helfer bedroht. Die PEGIDA bekam Zuwachs, weitere Gruppierungen tauchten auf. Hetze, rassistische und rechtsradikale Parolen nahmen zu. Auch Streitigkeiten in Asylheimen förderten rassistische Strömungen. Im Netz fanden sich offene Volksverhetzungen, Ablehnung des Grundgesetzes und Aufforderung zu Gewalt. Die Hemmschwelle zur Gewalt war gesunken.

Manche Bürger hatten Ängste, ob die Politik das schafft. Oft fühlten sich gerade jene Menschen bedroht, die keine Erfahrungen mit Asylbewerber hatten. Deshalb galt es, eine gute, effiziente Politik zu machen.

Viele Menschen waren durch das Schicksal der Flüchtlinge betroffen. Sie halfen und packten an, sei es mit Sachspenden, mit Patenschaften oder mit direktem Kontakt.



In der HZ vom 16.11.2015 war zu lesen: „Wöchentliche Kundgebung entwickelt sich zur Plattform fremdenfeindlicher Gruppierungen weit über Hohenlohe hinaus.“ Oberbürgermeister Michler verurteilte die radikalen Bewegungen.



In Hohenlohe wollte man den Flüchtlingen eine zweite Heimat anbieten und für eine rasche Integration sorgen. Menschlichkeit war gefragt.

Landrat Neth sagte ganz klar: Der Hohenlohekreis ist ein weltoffener Kreis. Hier ist kein Platz für Fremdenfeindlichkeit.

Das Hohenloher Integrationsbündnis 2025 (HIB 2025)

Der Hohenlohekreis koordiniert die zukünftige Arbeit im Hohenloher Integrationszentrum in Gaisbach. Zielgruppe sind Flüchtlinge mit Bleibereichtersperspektive. Das Hohenloher Integrationszentrum wird weitere dezentrale Standorte haben.

Die Flüchtlingskrise gilt schon jetzt als größte Herausforderung seit dem Fall der Mauer.

Es gibt viele offene Fragen. Und es gibt einen Berg von Herausforderungen und Aufgaben, die es anzunehmen und abzuarbeiten gilt, trotz aller Schwierigkeiten.

(Weitere Informationen in der Infoschrift 1989, ab S. 37)

2010 – 2020

Der AK feierte 2011 sein vierzigstes Bestehen im Rahmen der ersten Interkulturellen Woche Öhringens.



Unter „Anleitung“ von Romano Gaiera und Werner Kraft entstand auf der Bühne das 40jährige „AK-Haus“.



Bei der alle zwei Jahre stattfindenden „Interkulturellen Woche“ war der AK mit dabei.



2012 gab es einen Informationsstand bei der 1. Ehrenamtsbörse.

Auch der Stand auf der Ehrenamtsbörse gehört ab 2012 mit dazu.

2014 erhielt Sigrid Kraft den Bürgerpreis, einen bundesweiten Ehrenamtspreis mit jährlich unterschiedlichen Schwerpunktthemen.



Auch er gehört mit dazu – der Weihnachtsmann!

Und eigentlich gebührt auch ihm eine Auszeichnung für seine treuen Dienste.



2016 - Landesgartenschau in Öhringen: Europatag und Ehrenamtsfest



Brigitte Radloff, Sigrid Kraft, Werner Kraft und Sükrü Naser erhielten eine Auszeichnung für ihr ehrenamtliches Engagement.

2021

Heute - Deutschland, ein Einwanderungsland

Die vierte Generation – Menschen mit Migrationshintergrund

Keiner leugnet mehr die Tatsache und Notwendigkeit von Einwanderung.

In Baden-Württemberg gibt es ein Integrationsministerium. In Deutschland gibt es die Beauftragte der Bundesregierung für Integration.

Die Migrantenselbstorganisationen (MSO) werden gefördert und unterstützt.

Es sind über 100 000 ausgewanderte Deutschländer/innen registriert.

Die 1. Generation geht oft nur ins Heimatland zurück zum Sterben.



In der Bundesrepublik Deutschland leben rund 21,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. 11,6 Millionen besitzen einen deutschen Pass. Von den 10,3 Millionen benötigen die meisten keinen Aufenthaltstitel, da sie als EU-Bürger das Recht auf Freizügigkeit genießen. (Statistisches Bundesamt 2021, Stand 29.11.2021).

Ende November 2020 lebten in Baden-Württemberg knapp 1,79 Millionen Ausländerinnen und Ausländer, das sind 16,1 % der Gesamtbevölkerung.

(Pressemitteilung des Landes Baden-Württemberg vom 20.04.2021)



Heute spricht man von der deutschen Sprache als Schlüsselkompetenz, um in der hiesigen Gesellschaft anzukommen und aufgenommen zu werden. Das betrifft vor allem die Neuankömmlinge im Land. Die 3. und 4. Generation spricht in der Regel Deutsch besser, als ihre Heimatsprache. Viele sind als „Ausländer“ gar nicht zu erkennen, wäre da nicht ihr Name und der extra für diese Menschen eingeführte „Migrationshintergrund“. Die Politik scheint weiterhin auf ein Unterscheidungsmerkmal zu bestehen und selbst nach einer erfolgreichen Einbürgerung bleibt man Deutschtürke, Grieche mit deutschem Pass oder schlicht „eingebürgert“.

Sigrid und Werner Kraft

Quellennachweis:

Informationsschriften des AK von 1972 – 2020

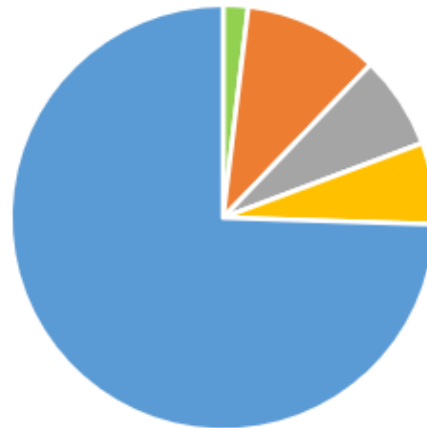
Dirk Hoerder Geschichte der deutschen Migration, München 2010

Niko Lamprecht, Migration in der deutschen Geschichte, Wochenschau Verlag 2020

Hohenloher Zeitung (5.10., 23.10. 13.11.2020)

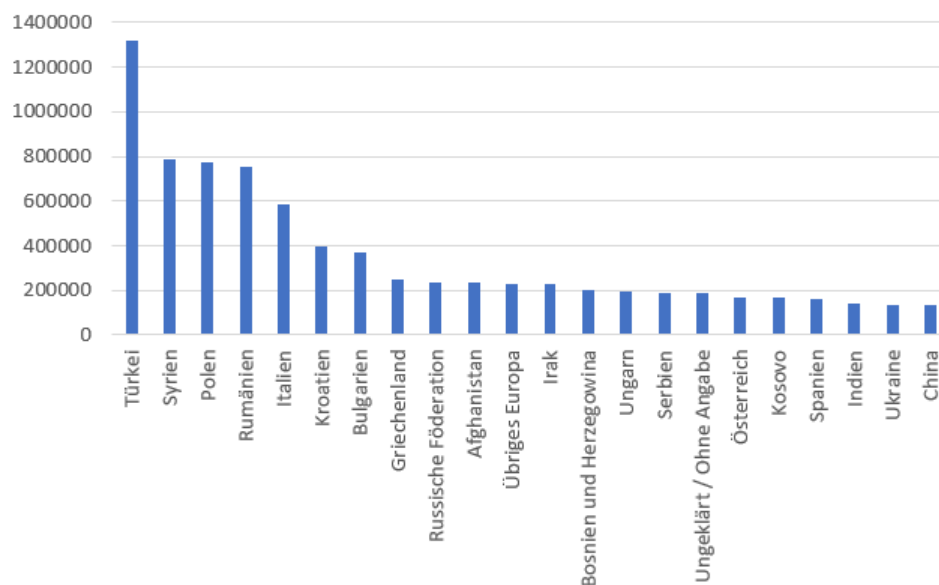
ZDF-Sendung „Wie viele Flüchtlinge verträgt das Land?“ (10.11.2015)

Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus (2018)



- In Deutschland geborene AusländerInnen
- Zugewanderte Ausländer/innen
- In Deutschland Geborene mit Migrationshintergrund
- Zugewanderte Deutsche mit Migrationshintergrund
- Bevölkerung ohne Migrationshintergrund

Ausländer nach Staatsangehörigkeiten



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der AK heute

Sprach-, Lern- und Hausaufgabenhilfe

Jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag wird zwischen 16 und 18 Uhr im Haus der Jugend in Öhringen in Kleingruppen gelernt und gearbeitet. Wir unterstützen in jedem Schuljahr etwa 50 bis 65 Kinder und Jugendliche aus inzwischen 34 Nationen bei ihren schulischen Aufgaben, Wochenplänen oder bei der Vorbereitung auf Klassenarbeiten und Prüfungen.

Unsere jüngsten SchülerInnen gehen in die erste Klasse, die Ältesten ins Gymnasium, auf berufliche Schulen bzw. aufs Berufskolleg. Inzwischen kommen auch Erwachsene zu uns, die ihre Deutschkenntnisse erweitern wollen.

In der Regel werden wir in der Lernhilfe von Achtklässlern der Realschule Öhringen und der Pestalozzi-Schule Pfedelbach unterstützt, die bei uns ihr 20stündiges Sozialpraktikum ableisten. Manche bleiben uns als ehrenamtliche Helfer/innen erhalten.

Viele der Mitarbeiter/innen begleiten ihre Schüler/innen über längere Zeit und sind dabei mehr als nur Lernhelfer, sondern auch Freunde und Vertraute.

Kindergartengruppe



Unsere Jüngsten treffen sich freitags in der Kindergartengruppe. Hier sind alle ab dem 3. Geburtstag bis zu ihrer Einschulung willkommen.

Es wird gespielt, gebastelt, gesungen und gemeinsam gegessen.

Aktuell kommen 10 Kinder zu uns. Die Förderung von Kindern im Vorschulalter sehen wir als sehr wichtig an.



Außerschulische Integrationsmaßnahmen



Selbst samstags kommen Kinder und Jugendliche gerne ins Haus der Jugend, wenn es zwischen 14 und 16 Uhr ein offenes Angebot gibt. Von spielen, basteln, kochen und backen, Tischtennis- oder Tischkickerturnier ist für jeden etwas geboten.



Passend zur Jahreszeit gibt es verschiedene Angebote, wie beispielsweise die Faschingsfeier im Frühjahr, Kürbisbasteln im Herbst, das Kerzenziehen, die Weihnachtsbäckerei und die jährliche Weihnachtsfeier.

Auch Ausflüge kommen nicht zu kurz, sei es in einen Freizeitpark, zur Wochenendfreizeit, zum Kegeln oder ins Theater.

Bei Festen und Veranstaltungen, z. B. beim Weltkinderfest, bei der Interkulturellen Woche oder beim Öhringer Stadtfest sind wir fast immer mit spannenden Spielestationen für Groß und Klein mit dabei.

Beratung

Außerhalb der Lernzeiten haben wir ein offenes Ohr für alle, die eine Frage oder ein Problem haben. Egal ob eine Bewerbung, ein Formular, das ausgefüllt werden muss oder auch die Suche nach Kleidung oder einem Kindergartenplatz, für fast alle Sorgen und Nöte finden wir eine Lösung.

Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit mit der Stadt und dem Landkreis, mit anderen Organisationen, runden Tischen und Arbeitskreisen

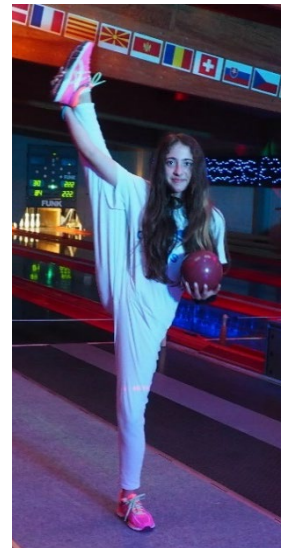
Bei der Stadt Öhringen gehören wir dem Integrationsbeirat der Stadt Öhringen, der AG Vereinsjugend, der Vorbereitungsgruppe der interkulturellen Woche, der Stadtteilkonferenz Öhringer Süden an.

Für den Kreisjugendring Hohenlohe setzen wir uns für das Haus der Jugend ein und beteiligen uns am Weltkinderfest.

Wir arbeiten mit den Schulen und LehrerInnen unserer Schüler/innen zusammen und stehen in Kontakt mit den Migrantenselbstorganisationen, der DTGÖ und dem griechischen Kulturverein.

Aktuell haben wir 20 aktive HelferInnen, die allesamt ehrenamtlich bei uns mitarbeiten und 66 Fördermitglieder, die unseren Verein finanziell unterstützen.

Der Vorstand setzt sich aus Sigrid Kraft (1. Vorsitzende), Sevcen Yilmaz (2. Vorsitzende), Annemarie Pfitzer (Schatzmeisterin) sowie Mike Blaha (Beisitzer) zusammen.



Annemarie Pfitzer

Oskar

Der Tod ist das Tor zum Licht. (Franz von Assisi)

Wir mussten Abschied nehmen von
Cemal Hoşgör,
unserem Freund und Mitarbeiter **Oskar.**
gest. am 20.09.2021



Eine wunderbare Freundschaft über 40 Jahre verbindet uns. Deine freundliche und humorvolle Art werden wir nicht vergessen. Wie die Fotos zeigen, warst Du stets zu einem Spaß bereit. Jahrelang hast Du zuverlässig unsere Arbeit unterstützt und für das Haus der Jugend gesorgt.

Wir sind in unseren Gedanken bei Deiner Familie.



Fundsachen



Küche gesucht

Noura fragt: „Wo ist die Küche?“ Ich zeige hinter mich und sage: „Da ist die Küche!“

Sie antwortet: „Nein, wo ist die Küche!“ Wir sind irritiert.

Bis uns allen klar wird, dass Noura die Spielküche meint, die im Büro steht.

Pony

„Meine Schwester hat ein Pferd!“ Das ist doch nicht möglich. „Der Papa hat ihre Haare geschnitten.“ Ach so! Gemeint ist nicht ein Pferd sondern ein Pony.

Obstsalat

Hweda zeigt uns ihre neue Wohnung und sagt: Entschuldigung, aber in diesem Zimmer ist Obstsalat.

Sie meint, dass hier alles durcheinander ist.



Vermisse

Nadim streicht über die leere Stelle an der Pinwand und sagt: Mein Gott, wie ich das vermisst habe.

An dieser Stelle hängt eigentlich der Plan für die Samstagsangebote. Leider konnten die Aktivitäten während des Lockdowns nicht stattfinden.

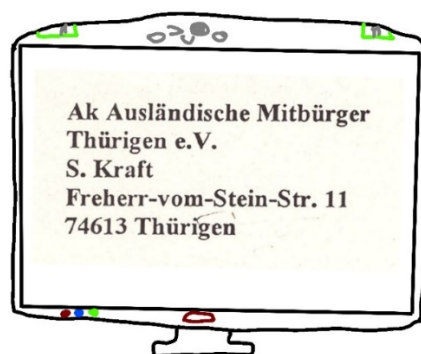
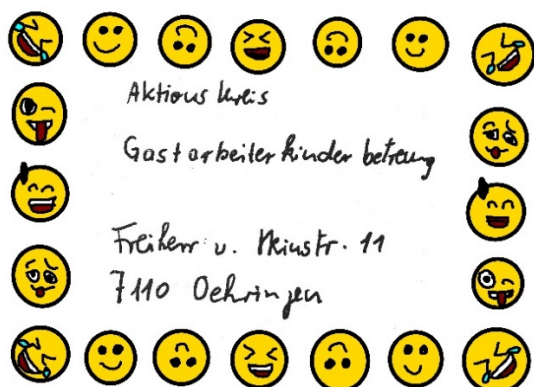
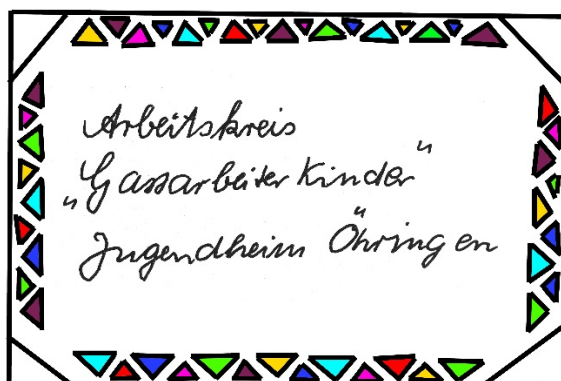
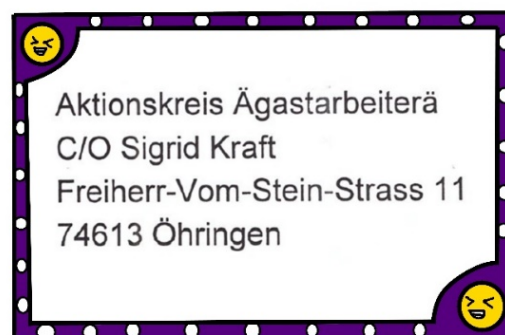
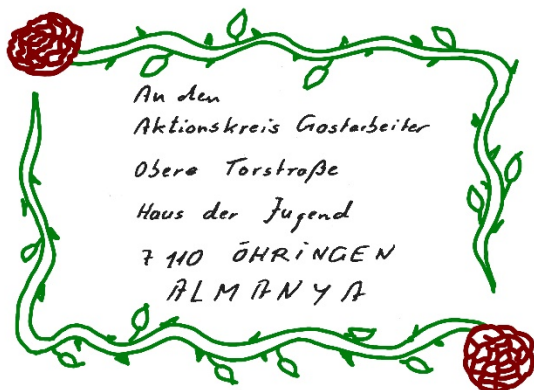
Neue Wörter:

- Stiefelvater statt Stiefvater
- biomische Formeln statt binomische Formeln



Übrigens: Slalom heißt im Arabischen „zickzack“. Wenn Kinder in der Schweiz mit dem Rad im Slalom unterwegs sind, dann machen sie Ringgeliränggeli.

Die Arbeit des AK begann am 27.07.1979. Man gab sich den Namen „Aktionskreis Gastarbeiter“. 1980 wurde der Verein unter dem Namen „Arbeitskreis ausländische Mitbürger Öhringen e.V.“ ins Vereinsregister eingetragen. Die korrekte Anschrift lautet: Haus der Jugend, Untere Torstr. 23, 74613 Öhringen. In den vergangenen 50 Jahren erreichten uns jedoch zahlreiche sehr kreative Adress- und Namensvarianten.



Wege zum AK

„Uns haben Freunde/Bekannte/Familie vom AK berichtet und wir sind dadurch neugierig geworden.“

„Zum AK bin ich durch die Familie gekommen. Wie du schon weißt, war gefühlt jeder aus der Familie als "Kinder der Gastarbeiter" bei euch. Aufgewachsen sind die nämlich auch schon mit einem hilfreichen und familiären AK!“

„Wie ich zum AK gekommen bin, weiß ich kaum noch, da ich entweder bereits im Kindergarten oder in der 1. Klasse von meiner Mutter angemeldet wurde. Ich denke, meine Mutter hat von Bekannten vom AK gehört.“ Mehmet, Vater eines AK-Kindes und selbst auch ehemaliges AK-Kind, spricht von der „türkischen Buschtrommel.“



Die Wege zum AK sind sehr vielfältig und unterschiedlich, z. B. über den Folkloretanz, einen Zeitungsartikel, den Tag der offenen Tür, eine Recherche zum Thema „Ausländische Mitbürger“, das Café Asyl,

„Als ich in der 8. Klasse war, habe ich das SE-Praktikum im AK machen dürfen. Es war eine sehr schöne und erfahrungsreiche Zeit, die bestätigt hat, dass ich Lehrerin werden möchte. Die Wertschätzung, die mir von den SchülerInnen, Eltern und auch den anderen MitarbeiterInnen entgegengebracht wurde, wusste ich von Beginn an sehr zu schätzen.“

„Ich suchte eine Beschäftigung, die mit Kindern zu tun hatte. Im Rathaus habe ich Infos bekommen und ein paar Tage danach habe ich in der Unteren Torstraße 23 angefangen.“

50 Jahre

Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe

155 082 Stunden

durch MitarbeiterInnen: 66 358 Stunden

Kindergartengruppe

12 334 Stunden

durch MitarbeiterInnen: 3 090 Stunden

Die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen kamen aus über 34 Ländern.



Gedanken und Gefühle zum AK



„Mit dem AK verbinde ich meine Kindheit. Gefühlt habe ich meine Kindheit hier verbracht.

Wir hatten viel Spaß. Die Ausflüge werde ich nie vergessen. Durch den AK bin ich mit allen Nationalitäten in Kontakt gekommen. Das war für mich vollkommen normal.

Als Erwachsene habe ich erst mitbekommen, dass das nicht selbstverständlich ist. Die Hautfarbe ist egal, das Geld, die Religion, ... Hier ist jede/r willkommen.“

Ehemalige Schülerin, ab 1999

„Beim AK bekommt man aktuelle Hilfe und kann Gespräche führen. Früher habe ich mit dem AK verbunden, dass man Hausaufgaben machen kann und Folkloretanz.“

Ehemalige Schülerin, ab 1973

„AK ist nicht wie Nachhilfe, es ist nicht nur Hausaufgabenhilfe, es ist ... Du musst einfach vorbeikommen, dann weißt Du, was AK ist.“

Ehemalige Schülerin, ab 2008

„Ich freu mich immer wieder in den AK zu kommen. Ist und bleibt eben ein Teil von ‚Zuhause‘.“

Ehemaliger Schüler, ab 1993



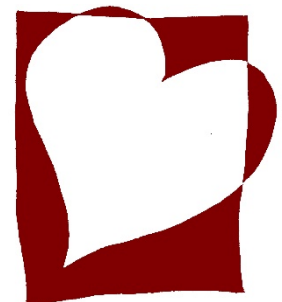
„Wenn ich an den AK denke, denke ich an Hilfsbereitschaft und Gemeinschaft, an ein Gefühl der Sicherheit für Leute, die ohne den AK evtl. an Schulaufgaben verzweifeln könnten. Ich denke an eine schöne Zeit mit vielen Leuten, die mit Herz Unterstützung anbieten, aber auch an viel Spaß, Zusammensein mit Freunden und kulturelle Vielfalt.“

Ehemaliger Schüler, ab 1997

„Der AK ist nicht nur ein Arbeitskreis, sondern eine Gemeinschaft von Menschen, die sich gegenseitig unterstützen und füreinander da sind. Hierbei meine ich nicht nur die Hausaufgabenbetreuung und Ausflüge, sondern vielmehr wie mit den SchülerInnen und Erwachsenen umgegangen wird. Im AK ist jeder willkommen und wird respektiert, toleriert und akzeptiert.“

„Leider kann ich aufgrund meines Studiums nicht mehr wöchentlich vor Ort sein, umso schöner ist dann aber die Zeit, wenn ich persönlich mithelfen kann. Sobald ich das Haus der Jugend betrete, spüre ich sofort die positive Atmosphäre und merke, wie sehr ich mich über die SchülerInnen und anderen MitarbeiterInnen freue. Für mich ist der AK wie eine Familie, auf die ich mich verlassen kann und die mich bei Problemen nicht im Stich lässt.“

Ehemalige Praktikantin und derzeitige Mitarbeiterin, ab 2015



Mein Anfang im AK

oder wie ich im AK gelandet bin!!

Nach Schule, Ausbildung und einer neuen Arbeitsstelle kam die Frage auf, was ich noch Sinnvolles "machen" könnte, außer zu arbeiten und Geld zu verdienen.

Die Idee war, einem Verein oder einer Gruppe beizutreten.

Aber was könnte ich tun??? Schwere Frage! Singen konnte ich nicht, auch kein Musikinstrument spielen. Sollte ich tanzen oder mit einer anderen Sportart beginnen?

Da erzählte mir mein Arbeitskollege CHARLY vom Arbeitskreis ausländische Mitbürger Öhringen e.V.

Im Januar 1979 fasste ich den Entschluss, dort einfach mal hinzugehen.

Die Neugier war groß und ich besuchte in der Unteren Torstraße 23 in Öhringen das Haus der Jugend.

Ich wurde gleich herzlich empfangen. Sigrid zeigte mir alles. Und schon ging es los. Die Schüler kamen, packen ihre Hausaufgaben aus und fingen an zu lernen. Manche arbeiteten selbstständig, da brauchte man nur kontrollieren, ob es richtig war. Andere etwas mehr Unterstützung.

Es gefiel mir so gut, dass ich auch heute noch dabei bin. Es wurde nie langweilig. Und man freute sich am Schuljahresende, wenn die SchülerInnen gute Noten im Zeugnis hatten.

Die Kinder von damals sind heute selber Eltern und bringen ihre Kinder bzw. teilweise ihre Enkel zu uns in den AK.



Also wenn Ihr Lust habt AK HelferIn zu werden, dann kommt doch auch ganz einfach mal vorbei.

Wir würden uns freuen.

Biggi Radloff



Arbeitskreis ausländische Mitbürger Öhringen e. V.
Haus der Jugend, Untere Torstraße 23, 74613 Öhringen

Beitrittserklärung

für fördernde Mitglieder

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

E-Mail Adresse

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Arbeitskreis ausländische Mitbürger Öhringen e. V. und verpflichte mich, den von der Mitgliederversammlung festgelegten Beitrag zu bezahlen (zurzeit beträgt der Mindestbeitrag 20 Euro pro Jahr).

Datum und Unterschrift

Hiermit ermächtige ich den Arbeitskreis ausländische Mitbürger Öhringen e. V.,
jährlich den Betrag von _____ Euro

(in Worten: _____)












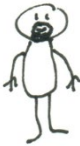







von meinem Konto IBAN _____

BIC _____

Geldinstitut _____ abzubuchen.

Datum und Unterschrift

**(Der „Arbeitskreis ausländische Mitglieder Öhringen e.V.“ ist vom Finanzamt als
gemeinnützig anerkannt und stellt eine entsprechende Spendenbescheinigung aus.)**

Verständnis		Flüchtling		Miteinander
	Ausländische Mitbürger		Wertschätzung	
Zuwanderer		Menschen mit Migrations- hintergrund		Menschenwürde
	Gemeinschaft		MigrantIn	
Vielfalt		Integration		Herzlichkeit
	Migration		Verständigung	
Begegnung		Teilhabe		Toleranz
	Kriegs- flüchtling		Respekt	